



# Nachhaltiges Wachstum durch mehr Binnennachfrage

9. Juni 2010

Die Rolle des Dienstleistungssektors in Deutschland

- Exporte waren im letzten Aufschwung Deutschlands wichtigster Wachstumsmotor. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurde jedoch die Forderung laut, sich nicht ausschließlich auf den Export zu verlassen; mehr Binnennachfrage würde das Wachstum stabilisieren. Die private Nachfrage ist dabei primär auf Dienstleistungen fokussiert.
- Viele Instrumente, um die private Nachfrage zu fördern, wirken zwar schnell; allerdings fehlen derzeit die finanziellen Mittel für direkte Stimulierungsmaßnahmen.
- Auf der Angebotsseite könnten z.B. durch ein Kombilohnmodell mehr Arbeitsanreize im Niedriglohnsegment gesetzt werden. Branchen wie der Einzelhandel oder das Gastgewerbe, die einen Großteil des privaten Konsums absorbieren, setzen geringqualifizierte Arbeitskräfte ein und dürften davon profitieren.
- Mit der Beschränkung des Zivildienstes auf sechs Monate macht die Bundesregierung einen Schritt in Richtung mehr Binnenwachstum. Denn der Zivildienst verdrängt z.T. privatwirtschaftliches Angebot und verhindert das Entstehen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

## Leistungsbilanzungleichgewichte in der Eurozone

Deutschland weist seit Beginn des Jahrzehnts jedes Jahr Leistungsbilanzüberschüsse auf. Durch zurückhaltende Lohnpolitik wurde die deutsche Industrie immer wettbewerbsfähiger und erwirtschaftete im Aufschwungsjahr 2007 einen Leistungsbilanzüberschuss von nahezu 8% des BIP – so viel wie seit mindestens 30 Jahren nicht. Deutschland gilt als eines der am stärksten für den Handel geöffneten und im Export erfolgreichsten Länder der Welt.

Das beweist auch ein Blick auf die anderen 15 Mitglieder der Eurozone: Nur die Niederlande und das sehr viel kleinere Luxemburg wiesen im letzten Aufschwung von 2004 bis 2007 einen größeren Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum BIP aus. Verglichen mit den großen Volkswirtschaften der Währungsunion liegt der Anteil der Exporte an der Wirtschaftskraft in Deutschland mit etwa 50% überdurchschnittlich hoch; Frankreich, Italien und Spanien kommen auf gerade einmal 30%. Demgegenüber ist die Binnennachfrage hierzulande relativ schwach ausgeprägt: Ihr Anteil am BIP betrug 2009 96%, in den großen Volkswirtschaften der Eurozone waren es etwa 103%.

### **Handelsoffen = handelsabhängig?**

Der Export war in Deutschland zwischen 2004 und 2007 für knapp zwei Drittel des Wirtschaftswachstums maßgeblich. Leistungsbilanzüberschüsse in einem Land gehen aber zwangsläufig mit Defiziten in einem anderen einher. In der Eurozone sind z.T. erhebliche Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen entstanden. Diese sind eng mit den Verschuldungsproblemen in Südeuropa verbunden. Die nun nötigen Sparanstrengungen in europäischen Exportdestinationen bergen für deutsche Exporteure Absatzrisiken. Nach unseren Schätzungen dürfte die durchschnittliche Verschuldung in Industrieländern 2010 bei 100% des

www.  
dbresearch.de

#### **Autor**

Philipp Ehmer  
+49 69 910-31879  
philipp.ehmer@db.com

#### **Editor**

Tobias Just

#### **Publikationsassistentz**

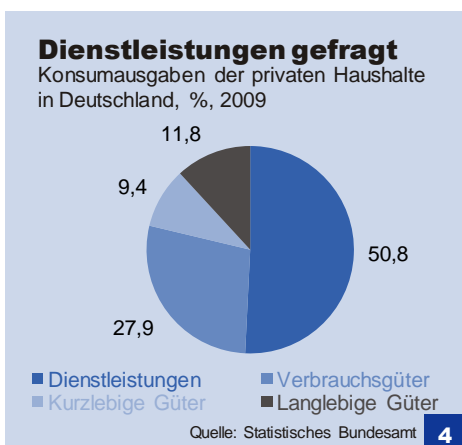
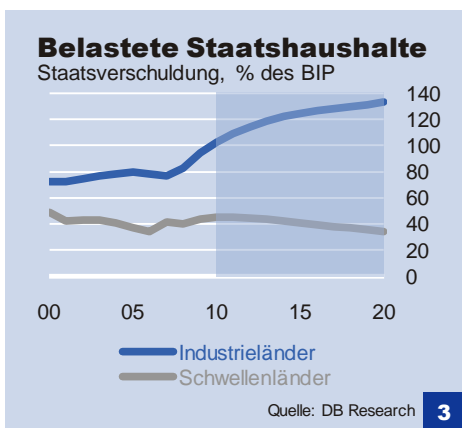
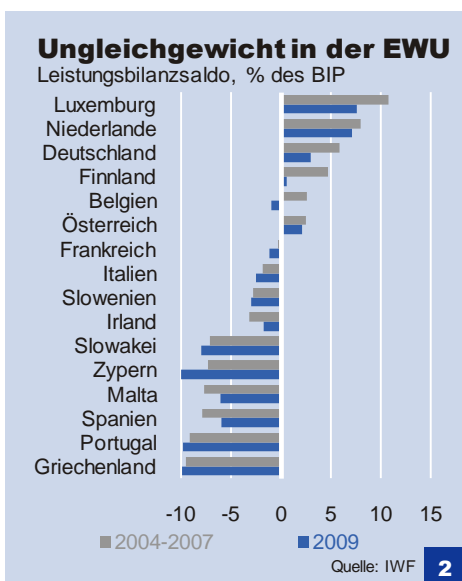
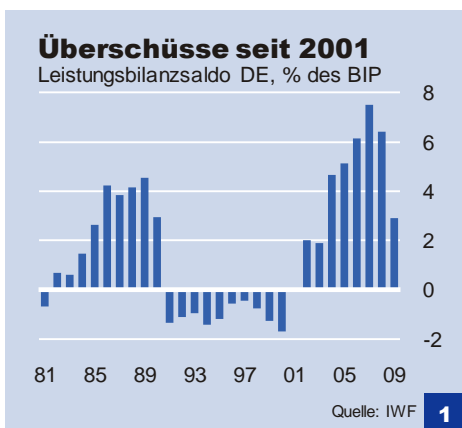
Sabine Berger

Deutsche Bank Research  
Frankfurt am Main  
Deutschland

**Internet:** www.dbresearch.de  
**E-Mail:** marketing.dbr@db.com  
**Fax:** +49 69 910-31877

#### **DB Research Management**

Thomas Mayer



BIP liegen und bis 2020 auf gut 130% ansteigen.<sup>1</sup> Auch die globale Rezession 2009 hat verdeutlicht, dass eine zu große Außenhandelsabhängigkeit schädlich sein kann: Innerhalb der Währungsunion war Deutschland, gemessen an der BIP-Entwicklung, eine der am stärksten belasteten Nationen.

### Binnennachfrage stärken statt Exportverzicht

Eine Abkehr vom exportgeführten Wachstum anzustreben ist freilich nicht sinnvoll, denn im Aufschwung hat diese Strategie Erfolg gehabt, und auch die Finanzkrise bedeutet kein Ende der Globalisierung. In der jetzigen Erholungsphase ziehen die Exporte vor allem nach Asien wieder an. Angesichts der jüngsten Ereignisse in Griechenland könnte Deutschland aber die Weichen in Richtung mehr Binnenwachstum stellen und die Binnennachfrage neben dem Export als zweiten Wachstumspfeiler stärken. Damit könnte man das Entstehen von Krisen verhindern oder zumindest widerstandsfähiger werden und ein ausgeglichenes, stabileres Wachstum ermöglichen.

Ein Weg, das Binnenwachstum zu stärken, ist, den privaten Konsum zu fördern. In einem wohlhabenden Land wie Deutschland beruht die private Nachfrage zu einem großen Teil auf Dienstleistungen.

### Fokus auf binnenmarktorientierte Branchen

Dienstleistungen sind im Vergleich zu materiellen Gütern zwar nur eingeschränkt handelbar. Dennoch gibt es Leistungen, bei denen der Export eine wichtige Rolle spielt (z.B. Großhandel, IT Dienste). Diese klammern wir aus der Analyse aus. Stattdessen konzentrieren wir uns auf die binnenmarktorientierten Dienstleistungsbranche und hier vor allem auf jene Branchen, die einen großen Teil der privaten Konsumausgaben absorbieren.

Da knapp 90% der von Konsumenten erworbenen Güter vom Einzelhandel abgesetzt werden, entfällt der größte Teil der Ausgaben von Privathaushalten auf diese Branche (EUR 408 Mrd.).<sup>2</sup> Innerhalb des Dienstleistungssektors (ohne Einzelhandel) ist Wohnen der größte Kostenblock für Privathaushalte. Dieser erreicht ein Niveau von EUR 270 Mrd. bzw. 40% der Privatausgaben für Dienstleistungen.<sup>3</sup> Die nächst größeren Ausgabenblöcke sind Gastgewerbe und Inlandstourismus (12%) sowie Versicherungen und Finanzen (11%). Während für Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie für Bildung und Telekommunikation zwar noch unter 10% der Ausgaben aufgewendet werden, gehören diese Positionen zu den am dynamischsten wachsenden Ausgabenfeldern mit jährlichen Wachstumsraten von 4 bis 5% seit dem Jahr 2000.<sup>4</sup> Durchschnittlich wuchsen die Ausgaben für Dienstleistungen in diesem Zeitraum nur um 2% – also in der gleichen Größenordnung wie das BIP.

### Nachfrage stärken wirkt zwar schnell, ist aber teuer

Wie ließe sich erreichen, dass die Wirtschaftszweige, für deren Produkte Konsumenten einen Großteil ihres Einkommens aufwenden, stärker zum Wachstum in Deutschland beitragen? Sowohl auf der

<sup>1</sup> Vgl. Becker/Deuber (2010). Public debt in 2020. A sustainability analysis for DM and EM economies. Deutsche Bank Research. Current Issues. Frankfurt am Main.

<sup>2</sup> Die Grafiken 4 und 5 zeigen die Privatausgaben für Güter und Dienstleistungen; sie beinhalten keine Branchenzuordnung. Daher wird der Einzelhandel jeweils nicht mit abgebildet.

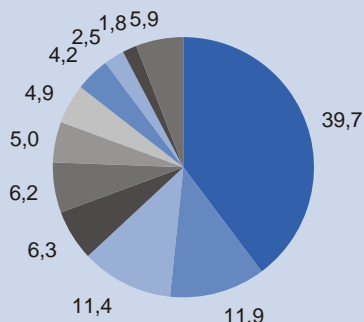
<sup>3</sup> Dies schließt neben tatsächlich geleistete Mietzahlungen auch fiktive Mieten für selbst genutztes Wohneigentum ein.

<sup>4</sup> Daher liefert insbesondere auch der Gesundheitssektor gute Ansatzpunkte für eine mehr binnenwirtschaftsorientierte Wachstumsstrategie. Vgl. Bräuninger/Rakau (2010). Gesundheitswirtschaft im Aufwind. Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen 481. Frankfurt am Main.



## Wohnen ist großer Kostenfaktor privater Haushalte

Konsumausgaben privater Haushalte für Dienstleistungen in DE, % 2009

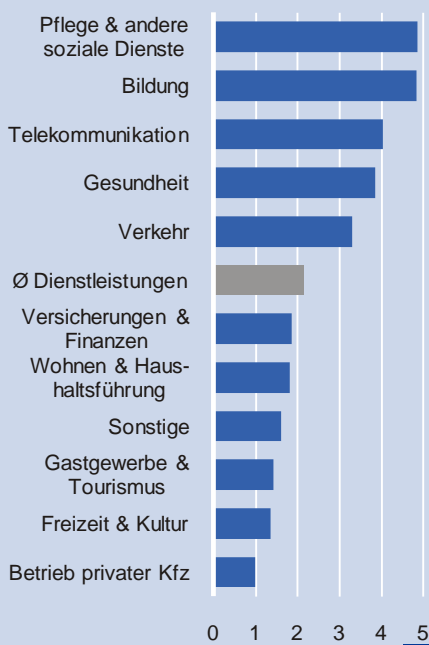


Quelle: Statistisches Bundesamt

5

## Unterschiedliche Dynamik

Konsumausgaben privater Haushalte für Dienstleistungen in DE, 2000-2009, % p.a.



Quelle: Statistisches Bundesamt

6

Angebots- als auch auf der Nachfrageseite stehen dafür Instrumente zur Verfügung.

Maßnahmen, die die Nachfrage ankurbeln, haben i.d.R. die direkte Wirkung. Die hier zur Verfügung stehenden Instrumente (z.B. Einkommen- oder Mehrwertsteuersenkung, Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, Konsumgutscheine) sind jedoch aufgrund der Haushaltslage derzeit kaum umsetzbar. Ferner wirken direkte Stimulierungsmaßnahmen zwar oft schnell, aber nur kurzfristig. Statt die Nachfrage vorübergehend zu stärken, könnten daher die Rahmenbedingungen auf der Angebotsseite gezielt verbessert werden.

### Bedingungen auf der Angebotsseite verbessern

Denkbare Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, sind vielfältig. Wir fokussieren in diesem Beitrag Veränderungen des Arbeitskräfteangebots, da dies langfristig die größte Wirkung verspricht.

Die OECD empfiehlt im *Wirtschaftsbericht Deutschland*, u.a. eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten anzustreben. Die Globalisierung erhöhe in einer wissensbasierten Wirtschaft die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften.<sup>5</sup> Während dies eine angemessene Maßnahme – und daher sinnvolle Forderung – ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft aufrecht zu erhalten, dürfte sie kaum zu einer stärkeren Binnenmarktorientierung beitragen. Denn vor allem die Exportwirtschaft dürfte profitieren, da viele der wissensintensiven Branchen, die aus einem höheren Ausbildungsniveau der Erwerbsbevölkerung Vorteile ziehen würden, – direkt oder indirekt – im Exportgeschäft engagiert sind. Innerhalb der Industrie besteht beispielsweise ein deutlicher Zusammenhang zwischen Export- und Wissensintensität. Und selbst in den exportintensivsten und am Weltmarkt erfolgreichsten Industriebranchen (Exportquote von über 40%) konnte zwischen 2000 und 2008, wie in der Industrie insgesamt, keine Beschäftigung aufgebaut werden. Im Gegenteil: Etwa 10% bzw. 330.000 Stellen wurden gestrichen. In der Industrie ist es mithin schwierig, durch verbesserte Rahmenbedingungen zusätzliche Beschäftigung und damit Kaufkraft zu generieren.

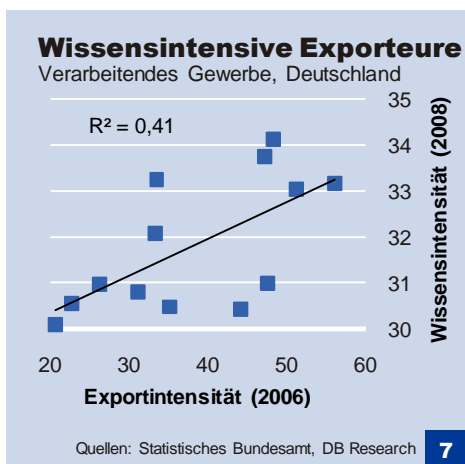
Auch viele wissensintensive Dienstleistungen wie F&E, IT oder Finanzdienstleistungen werden zumindest indirekt exportiert. Denn Nachfrager dieser Leistungen sind häufig Industriekonzerne, die ihre Erzeugnisse im Ausland absetzen. Unternehmen dieser Branchen bauen zwar tatsächlich Beschäftigung auf. Allerdings arbeiten etwa zwei Drittel der privatwirtschaftlich im Dienstleistungssektor Beschäftigten in wenig wissensintensiven Branchen.<sup>6</sup> Diese Branchen sind oftmals stärker auf den Binnenmarkt fokussiert.<sup>7</sup> Zudem weisen Arbeitnehmer in diesen Zweigen i.d.R. eine höhere Konsumquote auf. Denn sie sind häufig gering qualifiziert und arbeiten entsprechend weniger produktiv und erhalten weniger Lohn als Hochqualifizierte. Um die Binnennachfrage zu erhöhen, eignen sich folglich einfache, arbeitsintensive Dienstleistungsbereiche am besten. Hier könnte in Deutschland mehr Beschäftigung aufgebaut werden.

Bildungsinvestitionen versprechen im Hinblick auf stärkere Binnenmarktorientierung vor allem dann großen Nutzen, wenn sie in die

<sup>5</sup> Vgl. OECD (2010). *Wirtschaftsbericht Deutschland 2010*. Policy Brief.

<sup>6</sup> Insgesamt gilt, dass wissensintensive Dienstleistungsbranchen zwar schneller wachsen, nicht wissensintensive Zweige aber mit Abstand die meisten Menschen beschäftigen. Vgl. Ehmer (2009). *Dienstleistungen im Strukturwandel*. Wissensintensive Unternehmensdienste liegen im Trend. Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen 446. Frankfurt am Main.

<sup>7</sup> Dies zeigt sich in tendenziell niedrigeren (indirekten) Exportquoten.



7

frühkindliche und primäre Bildung fließen. Denn davon würden besonders Kinder aus sozial schwächeren Milieus profitieren, denen der Zugang zu Bildungsangeboten versperrt ist. Ein besseres tertiäres Bildungsangebot nutzt dagegen eher der Exportwirtschaft.

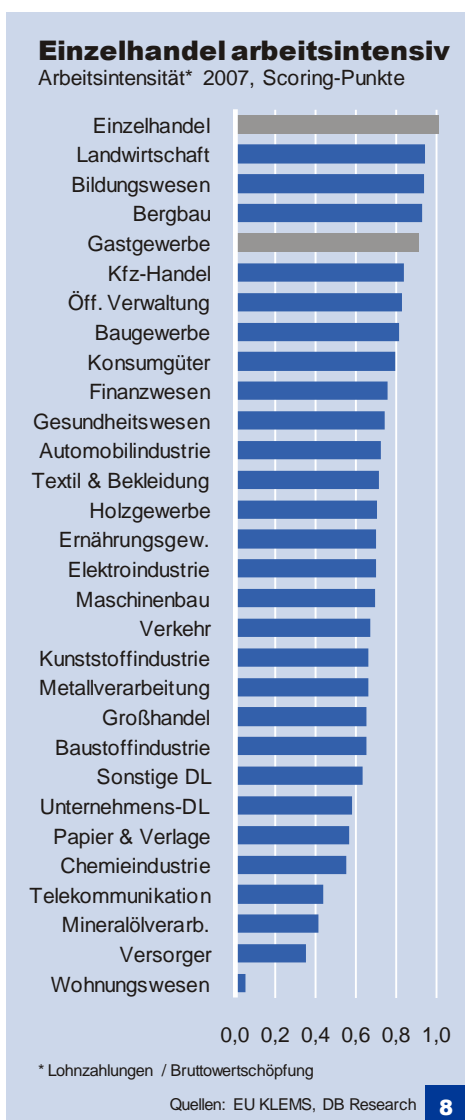
### Arbeitsmarkt im Niedriglohnsegment flexibilisieren

Einer der Gründe, warum z.B. einige angelsächsische und asiatische Volkswirtschaften einen größeren Dienstleistungssektor als Deutschland aufweisen, ist, dass dort mehr Menschen einfache Jobs mit niedriger Produktivität verrichten. Aufgrund der ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme in Deutschland bestehen hier weniger Anreize, solch einer Tätigkeit nachzugehen. Dies begrenzt das Beschäftigungspotenzial im Niedriglohnsegment und damit das potenzielle Binnenwachstum. Ferner besteht hierzulande nur eine geringe Zahlungsbereitschaft für einfache Jobs wie Einpackhilfen im Supermarkt. Entstehen solche Arbeitsplätze, ist *ceteris paribus* ein Preisanstieg für Produkte zu erwarten, denn Unternehmen wälzen gestiegene Lohnkosten nach Maßgabe der auf den Märkten herrschenden Preiselastizitäten auf den Kunden über. Dort, wo bei den Konsumenten keine hinreichende Zahlungsbereitschaft für solche Hilfsjobs besteht, könnte der Staat eingreifen, um sicherzustellen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Denn in der Marktwirtschaft erhält eine Person, deren Produktivität unterhalb ihres Lohnes liegt, keine Anstellung. Daher könnten Bedingungen geschaffen werden, bei denen die von den Unternehmen zu tragenden Löhne auf ein markträumendes Niveau sinken. Dies ließe sich z.B. im Sinne eines Kombilohnmodells durch Lohnkostenzuschüsse zugunsten der Betriebe erreichen; zielgenauer noch durch Transferzahlungen an die Niedriglohnbezieher, um Arbeitslohn und Einkommen zu entkoppeln. Solche Zahlungen würden einerseits den Betrieben erlauben, Mitarbeiter einzustellen und entsprechend ihrer Produktivität zu entlohnen. Andererseits würden sie Arbeitnehmern ein angemessenes Einkommen garantieren. Durch die neu geschaffenen Jobs würde zusätzliche Kaufkraft generiert und der Binnenkonsum gestärkt.

Freilich wäre auch die Einführung eines Kombilohns angesichts der angespannten Haushaltslage derzeit schwierig darstellbar. Je nach Ausgestaltung und Inanspruchnahme des Instruments dürften jährlich Milliardenbeträge anfallen. Da es die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber dauerhaft verbessern würde, könnte es – im Gegensatz zu Maßnahmen, die lediglich vorübergehend die Nachfrage stimulieren – nachhaltig Binnennachfrage schaffen.

Solch ein Instrument könnte insbesondere in arbeitsintensiven Wirtschaftszweigen, in denen Betriebe gering qualifizierte Kräfte beschäftigen, wirksam sein. Dies ist in erster Linie das Gastgewerbe aber auch der Einzelhandel. Der Anteil der Erwerbstätigen mit tertiärem Bildungsabschluss liegt hier bei nur 6%; im Durchschnitt aller Dienstleistungen beträgt die Quote in Deutschland 20%. Auf beide Branchen entfällt ein nennenswerter Anteil der privaten Konsumausgaben und beide sind besonders arbeitsintensiv und beschäftigen zusammen über 12% aller Erwerbstätigen in Deutschland.<sup>8</sup>

Beide Wirtschaftszweige könnten von einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Niedriglohnsegment profitieren. Durch mehr Angestellte z.B. in Bau- oder Elektromärkten könnten Betriebe etwa das Beratungsangebot ausbauen oder mehr Tragehilfen oder Hilfen bei Zuschnitten einstellen. Solche Maßnahmen könnten erstens zu neuen Beschäftigungsverhältnissen führen und dadurch Kaufkraft



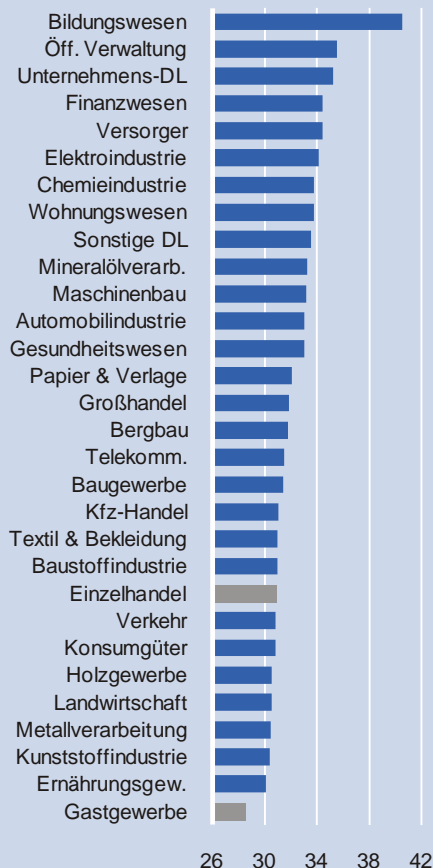
8

<sup>8</sup> Das entspricht über der Hälfte aller Beschäftigten in der Industrie.



## Geringe Qualifikationsanforderungen im Gastgewerbe

Wissensintensität 2008, Scoring-Punkte



Quellen: Statistisches Bundesamt, DB Research

9

generieren. Zweitens könnten sie die Attraktivität der Leistung aus Kundensicht steigern. Drittens würden durch die geschaffenen Arbeitsplätze die erforderlichen Unterstützungsleistungen für Arbeitslose sinken. Damit ließe sich zumindest ein Teil der benötigten Lohnzuschüsse bzw. Transferzahlungen finanzieren.

### Zivildienst verdrängt privatwirtschaftliches Angebot

Eine weitere Möglichkeit, Beschäftigung in arbeitsintensiven Dienstleistungsbranchen aufzubauen, bestünde in einer Abschaffung des Zivildienstes. Zivildienstleistende verdrängen privatwirtschaftliche Unternehmen durch konkurrenzlos niedrige, staatlich subventionierte Löhne. Etwa bei Pflegediensten und anderen haushaltsnahen Leistungen könnten Zivildienstleistende durch reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer ersetzt werden. Die Bundesregierung hat mit der Beschränkung des Zivildienstes auf sechs Monate daher den Grundstein für mehr Binnenwachstum gelegt. Positiver Nebeneffekt ist, dass junge Menschen früher auf den Arbeitsmarkt eintreten und das Problem der Rentenlücke abschwächen können.

Als sozialpolitisch unerwünschter Nebeneffekt dürften sich bei einer Abschaffung des Zivildienstes die entsprechenden Leistungen verteuern, wenn sie von privaten Unternehmen erbracht werden. Dies könnte der Staat zwar z.B. durch direkte Transferzahlungen – finanziert aus eingesparten Zuschüssen zu Gehältern von Zivildienstleistenden – z.T. ausgleichen. Aber eine Verteuerung würde natürlich bestehen bleiben. Dies hätte zur Folge, dass sich erstens die Sparquote verringern würde, da z.B. auf Pflegedienste angewiesene Haushalte weniger Geld beiseitelegen könnten. Zweitens dürfte sich in diesen Haushalten die Konsumstruktur verändern: Zusätzlich für Pflegedienste erforderliche Mittel würden nicht mehr in anderweitigen Konsum fließen können. Dies könnte die Nachfrage nach langlebigen (nicht lebensnotwendigen) Gebrauchsgütern wie Autos oder Konsumelektronik verringern. Ähnliches würde bei einer Einführung eines Kombilohns gelten: Ein über Steuern finanzierter Kombilohn würde das verfügbare Einkommen der Steuerzahler reduzieren.

Die Chancen, dass eines der beiden Instrumente eingesetzt wird, sind eher als gering einzuschätzen. Einer Abschaffung des Zivildienstes steht die Verteuerung von politisch gezielt subventionierten Leistungen entgegen. Gerade im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft ist es unwahrscheinlich, dass die Politik es dem Markt überlässt, für ein ausreichendes Angebot an Pflegeleistungen zu sorgen. Dagegen erfordert das Kombilohnmodell Milliardeninvestitionen, die im Haushalt derzeit nicht verfügbar sind. Sinnvoller könnte es sein, die Anreize für eine Vollzeitbeschäftigung im Rahmen von Hartz IV zu stärken (Neugestaltung der Hinzuverdienstregelung).

Philipp Ehmer (+49 69 910-31879, philipp.ehmer@db.com)

© Copyright 2010. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.